

Frage der Woche Warum ist's kalt im Wartehäuschen?

Wer auf den Zug wartet, friert auch in den gläsernen Wartehäuschen der Zentralbahn. Denn diese schützen zwar etwas vor Wind, aber nicht vor der Kälte. Darüber beschwerte sich ein Leserbriefschreiber (Ausgabe vom 1. März). **Thomas Keiser**, Mediensprecher der Zentralbahn, klärt auf.

«Einer der Hauptgründe ist der energetische Faktor. Die «Glas-Räume» sind nicht gedämmt. Dies führt zu einem hohen und nicht ökologischen/ökonomischen Energieverbrauch. Zudem hat ein Wandel stattgefunden. Die Bahnhöfe bieten keinen klassischen Wartesaal mehr an, wie man dies aus vergangenen Zeiten kennt. Viel mehr bieten wir einen Witterungsschutz, der gegen Wind und Regen schützt. Die Aufenthaltsdauer an den Bahnhöfen hat sich aufgrund des dichten Fahrplans in den letzten Jahren massiv verkürzt. Daher bieten wir einen Witterungsschutz gegen Wind und Regen. Ausnahme: Die SBB beheizen die Warteräume an den Grossbahnhöfen wie Luzern, Zürich und Basel, da dort Personen mit langen Reisen und oft auch längeren Wartezeiten verkehren. Keiner der Zentralbahn-Bahnhöfe gehört zu dieser Kategorie.» (map)

Steuererhöhung fällt moderater aus

Obwalden Die Regierung fühlt sich auf ihrem eingeschlagenen Weg mit dem 40-Millionen-Sparpaket bestärkt. Dennoch ergaben sich aus der Anhörung einige Anpassungen. So steigen die Steuern weniger stark an als geplant.

Oliver Mattmann

oliver.mattmann@obwaldnerzeitung.ch

Die Regierung hat vor geraumer Zeit das Massnahmenpaket vorgestellt, mit dem sie das strukturelle Defizit von 40 Millionen Franken beseitigen will. Nicht weniger als 80 Massnahmen sollen entweder Mehreinnahmen in die Staatskasse spülen oder Einsparungen bringen (wir berichteten). Das Resultat einer Anhörung bei Gemeinden, Parteien und Interessengruppen bestärkt die Regierung auf ihrem Weg.

«Der Handlungsbedarf wird einhellig anerkannt», schreibt sie in einer Medienmitteilung von gestern. Auch werde das Vorgehen mit einem Gesamtpaket von einer überwiegenden Mehrheit unterstützt. «Das ist ein ganz wichtiger Aspekt», sagt Finanzdirektorin Maya Büchi. Dennoch hat die Anhörung zu einigen Justierungen geführt. Ein wesentlicher Punkt: Die Steuererhöhung soll weniger markant ausfallen als geplant, von 2,95 auf 3,25 statt 3,45 Einheiten. Dies hat zur Folge, dass nur 14 statt 20 Millionen Franken zusätzlich eingenommen werden. Büchi: «Ich bin froh, dass wir die Steuererhöhung noch etwas nach unten korrigieren konnten.» Kompensiert werde diese Differenz durch eine ausserordentliche Abschreibung von rund 80 Millionen. Die Reduktion

des Eigenkapitals und tiefe Abschreibungssätze entlasten die Erfolgsrechnung jährlich um rund 7 Millionen Franken. Dies führt aber dazu, dass der gesetzlich geforderte Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent über fünf Jahre nicht mehr erreicht wird. «Wir schlagen daher eine Anpassung bei der Schuldenbegrenzung vor», so Büchi. Konkret: Der Selbstfinanzierungsgrad muss nur noch mindestens 80 Prozent betragen, wenn der Quotient der Nettoverschuldung (Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen) über 100 Prozent liegt.

Durch die sanftere Steuererhöhung steigen für die Finanzdirektorin die Chancen, dass das Sparpaket von Parlament und Volk getragen wird. Zudem: «Die Steuererhöhung ist im Vergleich zu den in den vergangenen zehn Jahren vorgenommenen Steuerenkungen moderat.» Das Gesamtpaket sei ausgewogen, ist Büchi überzeugt. Und sie streicht hervor, dass der Kanton weiterhin zu den attraktiven Wohn- und Unternehmensstandorten zählt.

Am Abbau von 20 Stellen wird festgehalten

Attraktivität hin oder her, aufhören liess die Massnahme, dass beim Kantonspersonal 20 Stellen gestrichen werden, was zu Minderausgaben von 2,5 Millionen führt. Zwar soll der Abbau über

«Ein Gesamtpaket ist der transparentere Weg.»



Maya Büchi
Obwaldner Finanzdirektorin

die normale Fluktuation und Pensenreduktionen bei Neubesetzungen geschehen, dennoch sorgte dies in der Anhörung für Gesprächsstoff. «Das ist ein Leistungsabbau gegenüber der Bevölkerung, auch in sensiblen Bereichen wie der Sicherheit. Man wird die Folgen spüren», urteilte

die SP. Sarnen und Engelberg etwa hielten fest, dass der Personalabbau nicht dazu führen dürfe, dass die Gemeinden künftig kantonale Aufgaben finanzieren müssten. Über alle Parteien und Gemeinden gesehen, stösst die Massnahme aber mehrheitlich auf Akzeptanz. Deshalb will der Regierungsrat daran festhalten.

Forderung der Gemeinden wird erhört

Kontrovers fielen die Reaktionen auch zur Reduktion des Kantonsbeitrags an die Prämienverbilligungen aus. So sollen jährlich noch rund 16 Millionen Franken ausbezahlt werden, der Spareffekt liegt bei rund 4,75 Millionen Franken. Die CSP gab dieser Massnahme in der Anhörung wenig Kredit: So habe sich das Volk im Herbst 2016 gegen eine Reduktion ausgesprochen. «Diesen Willen gilt es, zu respektieren.» CVP und SP wollten den Mindestprozentsatz des Kantonsbeitrags zwar senken, aber nicht aus dem Gesetz kippen. Die Regierung bleibt nun aber dabei, den Betrag künftig über das Budget zu steuern. Für die Festlegung der Richtprämie soll aber nicht die günstigste, sondern der Durchschnitt der fünf günstigsten Krankenkassen herangezogen werden. «Im Vergleich zu den Nachbarkantonen Nidwalden und Uri schüttet Obwalden immer noch über-

durchschnittlich hohe Prämienverbilligungsbeiträge aus», heisst es in der Medienmitteilung.

Neu sollen die Gemeinden anteilmässig ebenfalls Beiträge an den nationalen Finanzausgleich leisten. Und im umgekehrten Fall – sollte Obwalden wieder zum Nehmerkanton werden – entsprechend profitieren. Mit diesem Vorschlag können sich die Gemeinden anfreunden, jedoch wurde die Forderung laut, dies vorerst auf fünf Jahre zu befristen. Hier hat der Regierungsrat so weit eingelenkt, als er alle fünf Jahre einen Bericht dazu erstellt und allfällige Massnahmen beantragt werden können.

Nach der Anhörung folgt in den Kantonsratssitzungen vom 26. April sowie 24./25. Mai der Härte-test für das Sparpaket. Mit Gegenwehr ist zu rechnen. So hat zum Beispiel die SVP in der Vernehmlassung angetönt, dass sie ein Gesamtpaket nicht unterstützt. Sie sieht die Erfolgsaussichten beim Volk geschmälert, daher seien die Massnahmen über Einsparungen und Steuererhöhungen getrennt vorzulegen. «Wir haben diese Variante auch diskutiert. Ein Gesamtpaket ist unserer Ansicht nach aber der transparentere Weg und stabilisiert den Finanzhaushalt nachhaltiger», sagt Maya Büchi.

Die Urnenabstimmung ist für den 23. September anberaumt.

Skifahren mit Garantie

Engelberg-Titlis Obwohl die Temperaturen langsam steigen, ist die Wintersportsaison noch lange nicht vorbei. So etwa im Gebiet Engelberg-Titlis. So soll die Talabfahrt bis Mitte April geöffnet sein – wenn das Wetter mitspielt bis Ende April. Die Gletscherpisten sind bis 27. Mai offen. Ab dem 10. März ist zudem ein Frühlingssabo für Erwachsene für 320 Franken erhältlich.

Sollte der Schnee nicht liegen bleiben, erstattet Engelberg den Gästen die Kosten für den Skipass und die Übernachtung zurück, wie es in einer Mitteilung der Engelberg-Titlis Tourismus AG heisst. Von der Geld-zurück-Garantie profitieren alle Gäste bis zum 27. Mai, die mindestens eine Woche vor ihrer Anreise in Engelberg eine Unterkunft gebucht sowie einen Skipass gekauft haben. Bleiben die Pisten wegen Wind, Lawinen oder technischer Störungen geschlossen, greift die Garantie nicht. Buchungen müssen über engelberg.ch oder bei den Hotels getätigt werden. (pd/red)

Neue Führung im «Iheimisch»-OK

Stans Björn Britschgi übernimmt im OK der «Iheimisch 2019» zusätzlich zum Ressort Planung das Präsidium, Ivan Zumbühl wird neben dem Amt als Chef für das Ressort Werbung/PR auch Vizepräsident. Die Planungsarbeiten für die Gewerbeausstellung vom 30. Mai bis 2. Juni 2019 laufen derzeit auf Hochtouren. (pd/red)

Kanton will Durchfahrtsrecht erzwingen

Ennetbürgen Die Regierung hat eine alternative Linienführung für die Buslinie zum Bürgenstock-Resort verworfen. Die ursprüngliche geplante Strecke soll nun umgesetzt werden, trotz Gegenwehr von Anwohnern.

Bisher wurde nichts aus der neuen Postautolinie von Ennetbürgen bis zum Bürgenstock-Resort. Diese hatte der Regierungsrat zusammen mit einem Angebotsausbau auf der Linie Stansstad-Obbürgen-Bürgenstock bereits 2014 in einem Grundsatzentscheid beschlossen, um den Mehrverkehr nach der Eröffnung des Resorts zu bewältigen. Während der Angebotsausbau umgesetzt ist, verweigern die Eigentümer einer Privatstrasse standhaft die Durchfahrt und verhinderten damit die neue Postautolinie. Es geht um eine Strecke von rund einem halben Kilometer zwischen dem öffentlichen Parkplatz Honegg und dem Restaurant Trogen. Mehrere Gespräche zwischen Eigentümern und Kanton blieben ergebnislos. Obwohl der damalige Baudirektor Hans Wicky 2016 noch sagte, die Pläne würden in den nächsten fünf bis zehn Jahren nicht weiterverfolgt, wird nun der Druck auf die Eigentümer wieder zunehmen.

Alternative geprüft und verworfen

Mit einer Interpellation im Landrat brachte nämlich Josef Odermatt-Infanger, CVP Ennetbürgen, die Buslinie wieder aufs Tapet und forderte, dass sie nun umgesetzt wird. Angesichts des Widerstands der Strasseneigentümer machte er auch gleich einen Vorschlag für eine alternative Linienführung. Diese hat die Regierung mittlerweile vom Amt für Mobilität prüfen lassen – und



Ein Postauto bei der Haltestelle Post in Ennetbürgen. Im Hintergrund die Bürgenstockstrasse.

Bild: Corinne Glanzmann (7. März 2018)

wieder verworfen. Zwar sei sie grundsätzlich mit dem Bus befahrbar, wenn man die Kurve beim Schreinerhaus ausbaue, schreibt die Regierung in einer Mitteilung. Der Bus fahre aber bei dieser Variante rund 400 Meter mehr auf dem Spazierweg Bürgenstock-Honegg. «Das ist wesentlich, weil der Wanderweg sehr frequentiert ist und es deshalb zu einer grösseren Beeinträchtigung der Passanten führt», betont Baudirektor Josef Niederberger auf Anfrage. In Absprache mit dem Gemeinderat Ennetbürgen hätte man diese Linienfüh-

rung auch deshalb fallengelassen. Wie die Regierung in der Mitteilung weiter schreibt, wären zudem die gleichen Strasseneigentümer betroffen wie bei der ursprünglichen Linienführung. Es sei davon auszugehen, dass sie auch gegen diese Variante seien.

Kanton will sich nun durchsetzen

Die Regierung will eine rasche Einführung der neuen Buslinie Bürgenstock-Ennetbürgen auf den Fahrplanwechsel im Dezember 2019. «Wir wollen bis Mitte 2019 den Beschluss für den Rah-

menkredit 2020/21 für das ÖV-Angebot und die Festlegung der neuen Verkehrslinie prüfen und dem Landrat im Herbst 2019 zur Festsetzung vorlegen», erklärt Niederberger. Die Chancen stehen gut, hat doch der Landrat die Linie bereits im Rahmenkredit 2016/17 genehmigt. Parallel dazu werden die Planung der Anpassungen an der Strasse und die vertragliche Festschreibung der Durchfahrt, des Unterhalts und Betriebs der Strecke vorbereitet. «Wir sind weiterhin im Gespräch mit den Grundeigentümern und möchten ihre Zusage so erwir-

ken», betont Josef Niederberger, lässt aber auch keinen Zweifel daran, dass der Kanton entschlossen sei, die Linie durchzusetzen. In der Medienmitteilung heisst es: «Sollten die Strasseneigentümer auch nach dem Landratsbeschluss eine Durchfahrt des Buses ablehnen, werden die rechtlichen Möglichkeiten von Kanton und Gemeinde ausgeschöpft.» Das könnte also gar ein Enteignungsverfahren bedeuten.

Philipp Unterschütz
philipp.unterschuetz@nidwaldnerzeitung.ch